

Bundeswehrseminar - Stellungnahme der Marxistischen Aktion Tübingen

19.04.2010

Liebe Ethnologie-StudentInnen,

Über den Verteiler des ethnologischen Instituts sind in den vergangenen Tagen diverse Beiträge verschickt worden, in denen sich StudentInnen dafür einsetzen, dass die stark umstrittene Veranstaltung von Frau Dr. Monika Lanik zum Thema "Angewandte Ethnologie und Militär" wie geplant stattfinden kann. Dabei wurden mehr oder weniger offen Ressentiments deutlich, die sich gegen einige der am Protest beteiligten Gruppen richteten, namentlich die Informationsstelle Militarisation und die Marxistische Aktion Tübingen. Im Folgenden sollen der verharmlosenden, verfälschenden und einzelne politische Gruppen und AktivistInnen diffamierenden Darstellung ein paar richtigstellende Bemerkungen entgegengesetzt werden.

Es ist äußerst wichtig, dass so viele Ethnologie-StudentInnen wie möglich sich mit der Frage auseinandersetzen. Es geht schließlich um unsere Bildung und darum, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

Nicht gesondert eingehen möchten wir auf die offenbar zweifelhafte Kompetenz gewisser Leute in Friedensfragen, die eine "grundsätzlich pazifistische Einstellung" mit einer "ambivalenten" Haltung zu einem Angriffskrieg für vereinbar halten.

Die Zivilklausel der Universität Tübingen:

Der Verlauf des Konflikts zwischen KriegsgegnerInnen und MilitaristInnen an der Universität soll in Kürze noch mal dargestellt werden.

Wie ihr alle mitbekommen habt, gab es im vergangenen Semester massive Proteste der Studierenden gegen die zahlreichen Missstände im Bildungssystem, die sich in der Besetzung des Kupferbaus und den dort stattfindenden täglichen Plena institutionalisierten. Eine wichtige Forderung der Protestierenden war ein Stopp der fortschreitenden Militarisation des Bildungswesens. So forderten wir, dass die weit verbreitete Verwendung sogenannter "Jugendoffiziere" an Schulen, die SchülerInnen bereits im zarten Alter das Kriegsführen schmackhaft machen sollen (Informationen hier: <http://www.imi-online.de/2009.php?id=2057>), unterbunden werden muss. Ebenso forderten wir eine Zivilklausel, derzufolge sich die Universität in der Präambel ihrer Grundordnung dazu verpflichten muss, Militarismus und Militär in jeder Form aus der Universität fernzuhalten. Eine solche Zivilklausel, die eine wichtige Errungenschaft der Proteste vom Herbst darstellt, gibt es in Tübingen nun seit einigen Monaten im folgenden Wortlaut:

"Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen."

Gegen diese Zivilklausel wird mit Frau Laniks Veranstaltung eindeutig verstoßen. Diese soll nach eigener Aussage EthnologInnen das "Berufsfeld Militär" vorstellen, was aber von BefürworterInnen des Seminars überhaupt nicht als Problem angesehen wird. „Die Frage, ob Ethnologen im militärischen Bereich tätig sein sollen und in welchem Rahmen“ werde „viel diskutiert“ und sei offenbar schon alleine deshalb geeignet, an der Universität von Angehörigen des Militärs thematisiert zu werden.

Interessant ist übrigens, dass die BefürworterInnen des Seminars die Zivilklausel unserer Universität nicht mit einem Wort erwähnen. Diese Klausel wurde im für jeden und jede offenen Plenum der Kupferbau-Besetzung mit großer Mehrheit eingefordert und im höchsten beschlussfassenden Gremium unserer Universität, dem Senat, verbindlich beschlossen. In diesem Zusammenhang von einer „Zensur der freien demokratischen Bildung“ zu sprechen, beweist, dass die Betreffende entweder nicht weiß, wovon sie redet, oder bewusst die Tatsachen verdreht.

Militarisierungstendenzen im Bildungswesen:

Das Argument, jeder und jede könne sich eine eigene Meinung auf der Veranstaltung bilden, ist dabei nicht haltbar. Lehrende genießen in Lehrveranstaltungen erfahrungsgemäß eine gewisse Autorität, die sich schon daraus ergibt, dass sie sich notwendigerweise mit der Materie besser auskennen als ihre Studierenden und gegen die zu argumentieren oftmals sehr schwierig ist – gerade für Studienanfänger oder Studierende, die sich mit dem Thema noch nicht gut auskennen. Deshalb ist universitäre und schulische Lehre niemals ein herrschaftsfreier Diskurs, sondern dient der z.T. autoritativen oder manipulativen Vermittlung von (auch politischen) Inhalten, die dann von den Lernenden internalisiert werden. Es kann dabei eben *nicht* davon ausgegangen werden, dass menschenverachtende Inhalte automatisch von SchülerInnen und StudentInnen hinterfragt und verworfen werden – dies gilt umsomehr, da in unserer Gesellschaft Krieg zunehmend verharmlost (wenn etwa entgegen der offensichtlichen Realität Politiker einen Krieg nicht so nennen wollen; wenn Kriegseinsätze zu „humanitären Einsätzen“ umgelogen werden u.ä.) oder als „notwendiges Übel“ dargestellt wird. Wenn die Universität den Trend in den Medien und der herrschenden Politik durch Veranstaltungen der diversen Laniks untermauert und legitimiert, ist das fatal. Diese Einschätzung wird bestätigt, wenn eine Studienanfängerin sich freut, es sei „toll, dass es überhaupt diese Möglichkeit gibt“. Übrigens ist die Lanik-Veranstaltung, wie einige von euch mitbekommen haben werden, nicht der einzige brachiale Verstoß gegen unsere Zivilklausel: Am Donnerstag, den 15. April fand in der Neuen Aula (!) eine Veranstaltung des Reservistenverbands (!) zum Thema "Atomwaffen" statt, wobei sowohl Befürworter als auch Gegner einer atomwaffenfreien Welt zum Podium geladen wurden. Besonders brisant war dabei allerdings die Anwesenheit von Wolfgang Ischinger, einem ausgewiesenen Bellizisten und wichtigen Scharnier zwischen Rüstungskonzernen, Politikern und Militärs (bekannt als Organisator der Münchener Sicherheitskonferenz, eines internationalen Treffens von Kriegstreibern, gegen das jedes Jahr Tausende Menschen auf die Straße gehen; als Teilnehmer der sog. "Bilderberg-Konferenz", eines unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehaltenen Treffens von Großkapital, Politikern, Militärs und gesellschaftlicher "Elite" - und als Mitwirkender an der Zerschlagung Jugoslawiens in der deutschen Botschaft in Kroatien).

Der Einwand, die Bundeswehr sei eine „(rechts-) staatliche Institution“, ist eigentlich kaum wert, beantwortet zu werden. Zum einen führt diese momentan einen Krieg im Ausland, was laut Grundgesetz Artikel 26 Absatz 1 verfassungswidrig ist. Zum anderen zeugt eine Argumentation à la „ist es legal, soll man es auch tun – ist es illegal, soll man es nicht tun“ von Kadavergehorsam der übelsten Sorte.

Da gerade in der deutschen Geschichte Erfahrungen ganz besonderer Art mit Militarisierung und deren legitimationsideologischer Untermauerung an Bildungseinrichtungen gemacht wurden, ist die offenbar völlig fehlende Sensibilität vieler Studierender in diesem Punkt mehr als erschreckend!

Es darf nicht sein, dass Krieg, Bellizismus und Militarismus in Deutschland wieder einmal zur Normalität werden und jeder Mensch mit emanzipatorischem Selbstverständnis steht in der

Pflicht, derartigen Tendenzen aktiv entgegenzuwirken. Wie Kurt Tucholsky schrieb, gibt es „nur *eine* Sorte Pazifismus: den, der den Krieg mit allen Mitteln bekämpft“. Alles andere ist reine Phraseologie.

Warum das Seminar nicht stattfinden darf:

Sollte man nun Frau Lanik ihre Veranstaltung zuerst abhalten lassen, ihr also „eine Chance geben“? Natürlich nicht! Es muss, sofern die Zivilklausel das Papier wert sein soll, auf dem sie gedruckt ist, auch die Möglichkeit geben, bestimmte Referenten aufgrund ihrer Position und Vorgeschichte für bestimmte Themen im Voraus auszuschließen. Würde man es für akzeptabel befinden, wenn etwa Horst Mahler über Antisemitismus referieren würde? Würde man dann auch dem Referenten die Fähigkeit zusprechen, zwischen seiner persönlichen Meinung (einem fanatischen Vernichtungsantisemitismus) und wissenschaftlichem Vortrag trennen zu können? Das ist offenkundig absurd. Was ist es also, das Frau Lanik für eine Ethik-Veranstaltung zum Thema „Angewandte Ethnologie und Militär“ disqualifiziert?

1.) Die wohl bedeutendste ihrer wenigen Veröffentlichungen ist das auf www.streitkraeftebasis.de downloadbare Buch "Afghanistan - Land ohne Hoffnung?". Einfach „Lanik“ in die Suchmaske eingeben und voilà. Es ist, wie jeder selbst lesen kann, "den Helfern und Soldaten gewidmet, die ihr Leben für die Befriedung Afghanistans einsetzen". Abgesehen davon, dass die Arbeit auch ethnologisch fragwürdig ist (so z.B. die undifferenzierte Zuschreibung von Eigenschaften qua Volkszugehörigkeit a la "Deutsche brauchen Strukturen" S 118) trägt dieser Aufsatz eindeutig den Charakter der Einsatzvorbereitung für SoldatInnen. Man kann - wenn man Zeit sparen möchte- das Augenmerk auf S. 127ff richten, wo Lanik explizit die imperialistische These, Deutschlands Sicherheit werde am Hindukusch verteidigt hofiert. Hier spricht sie auch nicht mehr als "Ethnologin", sondern als (ehemalige, siehe unten) Geheimdienstangehörige. Das darauf folgende "Fazit" resümiert, wofür ihre Forschungen gedacht sind: "Worauf kann man sich als Bundeswehrsoldat in Afghanistan mit Sicherheit verlassen? Verwandtschaft zählt usw..." (S. 130) **Sie gibt Tipps, wie Stammesloyalitäten, Verwandtschaftsbeziehungen usw. für die Führbarkeit des Krieges dienstbar gemacht werden können.**

2.) Die Ankündigung eines Vortrages, den Frau Lanik auf Einladung des rechtskonservativen (und das ist sehr freundlich formuliert) Bayreuther Ethnologen Thomas Bargatzky gehalten hat. Dieser veranstaltete lange das Forum: Sicherheit und Kultur, das nach Protesten abgesetzt wurde. Die Referenten dieses Forums kommen ausschließlich aus Bundeswehr und rechts-extremen Kreisen. Bargatzky selbst schreibt regelmäßig bei der Jungen Freiheit, die vom Verfassungsschutz als Scharnier zwischen Rechtskonservatismus und neofaschistischem Milieu eingestuft wird. Auf Bargatzkys Institutshomepage können Studierende direkt Formulare für Praktika bei der Bundeswehr downloaden: <http://www.ethnologie.unibayreuth.de/Mitarbeiter/Bargatzky/Bargatzky.htm...> Sie hat dort zu „Ethnienkarten“ im militärischen Kontext referiert. Solche zu erstellen, dürfte auch ihr Job beim „Amt für Geoinformationswesen“ der Bundeswehr sein.

3.) Zu Frau Laniks Werdegang und beruflicher Vita: Sie war zunächst angestellte des „Zentrums für Nachrichtenwesen“ einer Art semi-legalen Auslandsgeheimdienst der Bundeswehr. Nachzuprüfen hier: <http://www.dtic.mil/cgi-bin/GetTRDoc?AD=ADA483460&Location=U2&doc=GetTRD...>

Hier wird sie in einer Fußnote (S. 120, Fn. 361) zitiert, genauer wird hier – in einem Dokument einer renommierten Amerikanischen Militärschule (genauer: einer Schule der US-Marine) - Laniks Afghanistan-Briefing von 2006 zitiert. Sie wird dort zitiert als Angestellte des „Zentrums für Nachrichtenwesen“.

Was das ist/war, kann man hier nachlesen: <http://www.geheimdienste.org/anbw.html>. Über die Rolle des ZNBw beim Fall Murat Kurnaz werde ich hier nichts schreiben, weil es wenig zur Sache tut. Man kann sich aber schon fragen, was eine Person, die da gearbeitet hat, zu Fragen der „Berufsethik“ zu sagen hat. Nachdem das ZNBw aufgrund seiner Verfassungswidrigkeit geschlossen werden musste, wechselte Lanik zu einer mehr oder weniger direkten Nachfolgeorganisation: Dem Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr. Das ist auch ihr gegenwärtiges Betätigungsfeld.

4.) Wo Frau Lanik sonst so verkehrt, kann man sich unter anderem hier ansehen: http://www.rk-mgk-bayreuth.de/index.php?option=com_content&task=view&id=...

5.) Eine weitere Kostprobe von Laniks Ethnologieverständnis findet sich in dem beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt zu beziehenden Buch: „Wegweiser zur Geschichte: Afghanistan“ (in der Anlage als Nummer 4). Hier beschäftigt sie sich hauptsächlich damit, wie man mit paschtunischen Khanen umgehen muss, um die Sicherheitslage in Afghanistan zu stabilisieren.

6.) Zuletzt: Hier: http://www.presse.dgv-net.de/tl_files/dokumente/Protokoll_Ethik.pdf ein Diskussionsprotokoll eines DGV-Diskussionsforums, wo Lanik auf S. 4 so argumentiert: „Sie plädierte dafür, dass innerhalb ihres Tätigkeitsfeldes noch viel mehr ethnologische Fragen aufgeworfen würden. Wenn sich Ethnologen nicht selbst dieser Fragen annehmen, bestünde die Gefahr, dass das Wissen um kulturelle Gegebenheiten von Fachfremden ohne entsprechende Expertise abgedeckt werde“. Wer glaubt, dass der Satz: „Wenn ich es nicht tu, dann tuts jemand anders, und der womöglich noch schlechter“, ein Argument ist, dass in einer Ethik-Debatte bestand hat, sollte zumindest keine Lehrveranstaltungen zum Thema Ethik anbieten. (Es gibt ohnehin keine einzige Publikation zu Fragen der Ethik von ihr.)

Zum Schluss:

Es ist für gewöhnlich nicht unser Stil, universitäre Mail-Verteiler für Selbstdarstellungen unserer Gruppe zu benutzen. Da aber die Marxistische Aktion Tübingen und die Informationsstelle Militarisierung offen und namentlich angegriffen wurden und unreflektierte bzw. schlicht falsche Ausdrücke wie „Linksfaschismus“ und „totalitär“ gefallen sind, werden wir in Kürze auch dazu eine Stellungnahme verschicken.

Wer sich bis dahin ein Bild davon verschaffen will, ob wir tatsächlich so „unseriös“ sind wie behauptet, dem sei unsere Homepage (www.marxistische-aktion.de) und Kontaktadresse (marxistische.aktion@web.de) nahegelegt.

*